

TAGUNGEN

Europaparlament

Die Januartagung des Europäischen Parlaments stand ganz im Zeichen des großen Ereignisses, das eine Woche zuvor den Beweis für die Lebensfähigkeit der Europäischen Gemeinschaften erbracht hatte. Am 14. Januar, aber rückwirkend vom Beginn dieses Jahres an, hatte die entscheidende Instanz, der Ministerrat, den Übergang zur zweiten Aufbaustufe, also von der reinen Zoll- zur Wirtschaftsunion, beschlossen. Die Bedeutung dieser Entscheidung wurde an dieser Stelle bereits bei der Würdigung des einschlägigen Parlamentsbeschlusses erläutert (GM 1/1962, S. 51). In der Genugtuung darüber, daß dieser wichtige Entschluß entgegen allen Widerständen doch noch zustande kam, sah man darüber hinweg, daß die Vorbedingung für ihn, die Verabschiedung der Agrarverordnungen, keinerlei Vorteile für die Masse der Verbraucher bringt. Die bestandene Bewährungsprobe des Gemeinschaftsgedankens erschien den Straßburger Parlamentariern wichtiger als jedes Detail.

Und das — trotz allem — mit gutem Grunde. Nach den Erklärungen des Präsidenten *Kennedy* zeichnet sich ein ganz neuer Aspekt der Wirtschaftsintegration ab. Die USA erkennen die EWG als gleichberechtigten Handelspartner an — es ist das erste Mal, daß sie als Bevollmächtigter der Sechs so sichtbar nach außen hin auftritt. Im Hintergrund aber besteht die Aussicht, daß durch zweiseitige Abkommen auch der noch recht hohe Außentarif der EWG wesentlich abgebaut und dadurch dem ganzen Handel der freien Welt eine neue Antriebskraft verliehen wird.

Daß es aber mit der Erweiterung der EWG im europäischen Raum noch seine Schwierigkeiten hat, das bewies die große Aussprache über die Frage des Anschlusses oder der Assoziation weiterer Staaten. Hierzu sei vorab bemerkt, daß Frankreichs Vorschlag für eine *politische* Union der europäischen Völker, der sog. *Fouchet-Plan* (dargestellt in GM 1/1962 S. 44) in der ersten Runde gescheitert ist. Kein anderer Staat wollte das darin projektierte Generalsekretariat sozusagen zum Vormund der bestehenden Wirtschaftsgemeinschaften machen lassen — und damit war der Autor dieser Idee, *de Gaulle*, bereits in der ersten Sitzung der eigens dafür eingesetzten Ministerkommission völlig isoliert.

Desto entschlossener, aber auch bedachter arbeitete man in Straßburg auf den Anschluß weiterer Staaten an die EWG hin. Hierzu lag ein umfangreicher Bericht des sozialistischen Fraktionsführers *Willi Birkelbach* vor, der eine allgemeine Orientierung für die Behandlung von Beitritts- oder Assoziationsanträgen bietet. Die Tatsache, daß die drei Gemein-

schaften grundsätzlich jedem europäischen Staat offenstehen, hat zu der Annahme verleitet, das gelte so gut wie bedingungslos. Dazu aber sind die Dinge zu weit vorgeschritten. Wir haben bereits ein europäisches Wirtschaftsrecht, das — etwa mit der nun erlassenen Kartellverordnung, mit den Agrarverordnungen und mit Bestimmungen über die Freizügigkeit von Kapital und Arbeit — für alle Mitglieder verbindliche, überstaatliche Geltung hat. Irgendwie müssen sich die neuen Anwärter damit abfinden, daß dieses noch im Ausbau befindliche System nicht durchlöchert oder gar ausgehöhlt wird. Das aber wäre der Fall, wenn man die neu abzuschließenden Verträge nicht der neuen Lage anpaßte, sei es auch nur durch Sonderabmachungen. Den im Gemeinsamen Markt gebotenen Vorteilen müssen Gegenleistungen gegenüberstehen, wie sie ja auch die Mitgliedsstaaten auf sich nehmen mußten. *Birkelbachs* großes Expose war, bevor es noch vor dem zuständigen Parlament behandelt wurde, allgemein bekanntgeworden und hatte internationale Kritik, zustimmend und ablehnend, wachgerufen. Merkwürdigerweise betraf sie am wenigsten England, obwohl dessen Beitritt wegen seiner starken Bindungen an das Commonwealth und seiner Rücksichtnahme auf seine bisherigen Partner der EFTA die größten und schwersten Probleme aufwerfen dürfte. Vielmehr richtete sich jetzt in Straßburg die heftige Kritik holländischer und belgischer Sozialisten gegen die Haltung der Presse in der Schweiz, die bei dem geringsten Zugeständnis an die Gemeinschaftsidee gleich die traditionelle Neutralität und ihre Souveränität bedroht sieht. Deutsche Sozialisten wie *Metzger* und Dr. *Deist* mußten den Eindruck, als seien solche Vorbehalte Gemeingut ihrer Fraktion, berichtigen, indem sie die Sonderstellung der Schweiz anerkannten und dabei auch die Dienste würdigten, die dieses Land gerade durch seine Neutralität dem übrigen Europa bereits geleistet hat. Besonderen Nachdruck aber legte die sozialistische Fraktion darauf, daß das Gesuch Österreichs um Assoziierung bald und wohlwollend behandelt wird.

Kennzeichnend für den Fortgang der Arbeiten an der wirtschaftlichen Integrierung war diesmal in Straßburg eine ausgiebige Debatte über eine gemeinsame Energiepolitik. In ihrem Mittelpunkt steht das Bestreben, denjenigen Teil des europäischen Kohlenbergbaus zu erhalten, der nach dem Eintritt der schon jetzt sehr starken Konkurrenz von Öl und Erdgas sowie noch vor 1970 von Atomkraft, aus Gründen der Sicherheit der Versorgung benötigt wird. Auf das Ergebnis dieser Aussprache wird bei der Beschlußfassung zurückzukommen sein.

Der Bericht wäre unvollständig, gedächte er nicht auch einer Episode, die durch den im ganzen recht optimistischen Bericht des Vize-

Präsidenten der EWG, *Marjolin*, über die Konjunktur heraufbeschworen wurde. Marjolin hatte an den Arbeitszeitverkürzungen und an der Lohnhöhe Kritik geübt, um dann vorzuschlagen, zur Bekämpfung der schleichenden Inflation sollten sich „Staat und Sozialpartner darüber einigen, welche Lohnerhöhungen unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Gesamtentwicklung der Wirtschaft und der anderen Einkommensarten möglich sind“. Der Abgeordnete Dr. *Deist* trat sofort der Auffassung entgegen, die solchen Erwägungen zugrunde liegt, nämlich als ob Lohnerhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit ein Hemmnis für den wirtschaftlichen Aufstieg in Deutschland gewesen wären. Hier müssen wir uns mit diesem Hinweis begnügen. Was aber in der Tat alarmierend wirken muß, das ist etwas anderes. Marjolins Vorschlag deckt sich haargenau mit den Forderungen der deutschen Arbeitgeber, eine halbstaatliche Lohnbremse unter Einschränkung der Tariffreiheit in die Auseinandersetzungen über den Sozialertrag einzuschalten. Wenn man nicht zulassen will, daß diese Lohnbremse sozusagen hintenherum, über die Europäischen Gemeinschaften, eingeführt wird, dann werden gerade die deutschen Gewerkschaften sehr wachsam sein müssen. *Artur Saturnus*

Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947

Die diesjährige Hauptversammlung der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, abgehalten wieder in Frankfurt, zeigte ein weniger zukunftssicheres Bild als in den Vorjahren. Ein leiser Pessimismus überschattete die vorzüglich ausgewählten Referate, deren Generalthema *Unsere Kräfte in einer gefährdeten Welt* bereits einen besorgten Grundton verriet.

Frankfurts Überbürgermeister *Bockelmann* begrüßte die besonders stark besuchte Tagung, die in eine Zeit fällt, in der, wie der OB sagte, nunmehr jedem klar wird, daß die Menschen die Macht haben, die technischen Wissenschaften ungeheuer zu nützen oder die Menschheit zu zerstören.

Wie stets sprach Minister a. D. Dr. *Rudolf Mueller* „Zur Lage“. Im Jahre 1961 sind die kritischen Spannungen zwischen den politischen Machtblöcken in der Welt bedrohlich hervorgetreten. Der 13. August sollte uns in unserer bürgerlichen Beschaulichkeit aufgeschreckt haben. Im sowjetischen Bereich bestimmten der 13. August mit seinen Folgewirkungen und der 22. Parteikongreß in Moskau mit der unheimlichen Begleitmusik der russischen Atomtests das politische Klima. Die Verdammung des stalinistischen Regimes bedeutet gleichzeitig einen Erfolg der Politik *Chruschtschows*, einen neuen Weltkrieg zu

verhindern. Doch er muß noch stärker als bisher seine Führungsrolle mit unverminderter militärischer Stärke und mit ideologischen Zwangsmitteln stützen.

Innerhalb der neuen Staaten, die sich neutral nennen, ist die Lage unsicher und widerspruchsvoll. Zwar scheinen kommunistische Tendenzen in den afrikanisch-asiatischen Entwicklungsländern ihren Höhepunkt überschritten zu haben. Doch unentwegt schürt der Kommunismus die nationalistischen Leidenschaften, während der freie Teil der Alten Welt seinen Nationalismus zu überwinden trachtet.

Die Erfolge eines wirtschaftlich integrierten Europas sind beachtlich. Die EWG zeigt Vitalität und Anziehungskraft auf andere Partner. Doch das größere Ziel ist die weltweite Zusammenarbeit zwischen dem freien Europa, dem Commonwealth und den Vereinigten Staaten. Unmittelbar geht es um die Erarbeitung einer brauchbaren partnerschaftlichen Konzeption der Entwicklungshilfe. Das westliche Wirtschaftspotential muß so ausgestaltet werden, daß gleichzeitig die gesellschaftsbildenden Kräfte aller Beteiligten sich voll auswirken können. Eine der wesentlichsten Voraussetzungen einer harmonischer werdenden Weltordnung ist dabei die Lösung eines der heikelsten Probleme der Welt, der völlige Abbau des sogenannten Kolonialismus.

Über das Thema „Von der atlantischen Welt als gesellschaftlichem Kraftfeld“ sprach *Petru Dimitriu*, Jahrgang 1924, erst 1960 aus Rumänien emigriert.

Die industrielle Entwicklung im Westen war für die bürokratischen und autoritären Imperien Rußland und China, so meint der Redner, eine Herausforderung, die diese unter Wegfegung ihrer alten Führungsschichten mit dem Totalitarismus und dem leninschen Marxismus beantworteten. Die Revolutionen sind darum nicht spontan, sondern entspringen aus zweiter Hand, unter dem Eindruck der technischen und geistigen Dynamik des Westens. Die traditionell demokratischen Länder des Westens haben die Aufgabe einer weltfähigen, einheitlichen Form ihres materiellen, sozialen und politischen Lebens. Das politische und weltanschauliche Bild des russischen Kommunismus ist zutiefst unzulänglich, aber es ist in seiner Zwangsideologie einheitlich. Der Glaube des Westens an die Gleichwertigkeit der Menschen, demgegenüber der Kommunismus eine Ungleichheit der Menschen praktiziert, schafft letztlich dem Westen die bessere Chance. Die Ausführungen *Dimitrius* zeigten eine, wenn auch gedämpfte, Zukunftsgläubigkeit.

Eine „Engagierte Wissenschaft“ war es, der Professor *Waldemar Besson* ihre Aufgabe zuwies. Daß die Wissenschaft zur physischen Meisterung des Daseins heute entscheidend beiträgt, muß in einer Blütezeit der technischen Wissenschaft als Binsenwahrheit erscheinen.

Als Sozialwissenschaft hat sie heute wesentlichen Anteil an der Erkenntnis und Schaffung neuer Gesinnungen und Einsichten, mit denen Gefährdungen der menschlichen Gemeinschaft wirksam begegnet werden kann. Meinungen, daß Wissenschaft außerhalb des praktischen Lebens in einer wertfreien Objektivität stehe, sind unreal. Als Daseinsorientierung war die Wissenschaft stets an den Grundwerten des Gemeinwesens orientiert.

Wissenschaft und politische Steuerung sind aufeinander angewiesen, wobei eine kritische Distanz nicht fehlen sollte. Wir haben uns Gedanken darüber zu machen, was der Verlust des nationalstaatlichen Vaterlandes für die deutsche Sozial- und Geisteswissenschaft im Hinblick auf unsere Einordnung in die atlantische Gemeinschaft bedeutet. Engagierte Wissenschaft analysiert nicht nur, was war und was möglich ist, sondern fragt auch, was werden soll und begründet damit einen vitalen Zukunftswillen.

Professor *Ralf Dahrendorf* weitete sein Referat über „Das Ende einer Gesellschaftspolitik des Status quo“ zu einem Bilde der heutigen Bildungssituation aus. Die Geschichte bleibt nicht stehen. Das Wort: „Keine Experimente“ ist nicht real; doch gibt es ein übermäßiges Streben nach Sicherheit. Gerechtigkeit und Sozialpolitik sind oft Scheinnamen für Sicherheit. Die gesellschaftlichen Kräfte müssen durch eine Lockerung der Macht und Starrheit von Staat und Organisationen aktiviert werden. Deshalb auch keine Schwächung,

sondern Stärkung einer verantwortungsfreudigen Opposition. Die Sicherheit durch wirtschaftlichen Aufschwung hat keine Entsprechung durch eine innere Sicherheit durch geistige Werte.

Das Funktionieren der Wirtschaft muß aber auf einem großen Bildungsstand basieren. In der Bundesrepublik ist das Bildungspotential geringer als in anderen sonst vergleichbaren Ländern.

Dr. Dahrendorf belegte seine Darlegungen mit eindrucksvollen Zahlen. Zum Beispiel finden sich von allen 5- bis 24jährigen in einer Schulausbildung in Deutschland 41,5 vH, in Frankreich 58,5 vH, in England 59,0 vH, in den USA 69,9 vH. In Deutschland sind nur 5 vH der Hochschulstudenten Kinder von Arbeitern, in England 35 vH. Diese Zahlen bedeuten ein Brachliegen von Talenten. Nötig sind eine Befreiung und Steigerung der Bildungskräfte und eine Forschung über die Bildungsmöglichkeiten.

Die Beschwörung der gesellschaftlichen Kräfte in der freien, aber gefährdeten Welt fand ihre passende Ergänzung in dem Podiumsgespräch namhafter Publizisten und Wirtschaftsexperten, unter ihnen der Kabinettschef bei der Kommission der EWG, *Alfred Mozer*. Brachliegender Gemeininn war das Thema, das mit einem Appell zur Aktivierung des Gemeinns durch *Ulrich von Pufendorf* seinen wirkungsvollen Abschluß fand.

Adolf Leweke